

Die neuen Jahres-Preise

mals gar nicht mehr im Besitz der Landwirte, sondern bereits im Besitz des Handels war; nur möchten wir wünschen, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften dies jetzt auch beweisen, indem sie auch für das neue Erntejahr, in dem die Höchstpreise von Anfang an und deshalb für die Produzenten wirksam werden, die Forderung nach mäßigen, den Verbrauchern ebenfalls gerecht werdenden Preisen laut und öffentlich erhöhen. Damals, im Oktober 1914, ist die Forderung erfolglos gewesen. Der Roggenpreis, der sich im Durchschnitt des Jahres 1913 auf 164 Mark stellte und unmittelbar vor Kriegsausbruch sich in Berlin zwischen 170 und 180 Mark bewegte, wurde für Berlin auf 220 Mark festgestellt, der Weizenpreis, der im Jahresdurchschnitt 1913 und ebenso etwa vor Kriegsausbruch auf 199 Mark stand, wurde gar auf 260 Mark bemessen. Das waren Preise, die der verbrauchenden Bevölkerung eine Mehrbelastung von mehreren hundert Millionen Mark im Jahre auferlegten — soll sich das jetzt wirklich in verbesserter und vermehrter Auflage wiederholen?

Nochmals: die Selbstkostenerhöhungen, mit denen auch die Landwirtschaft zu rechnen hat, sind durchaus anzuerkennen, durchaus in Rechnung zu stellen. Nicht anzuerkennen aber ist, daß die Landwirtschaft — die sich des ungeheuren Glückes dankbar und würdig erweisen muß, daß ihre Acker und ihre Ställe durch den Opfermut unserer Heere vor feindlichem Ueberfall, vor Verwüstung und Plünderung bewahrt geblieben sind — jetzt „Kriegsgut“ erzeuge und lediglich deshalb Kriegspreise mit Kriegsgewinnen erzielen solle. Das gilt von dem jetzt so viel umstrittenen Milchpreis: es entspricht wahrhaftig nicht dem Geiste der Zeit und den Opfern, die alle zusammen tragen sollen, wenn z. B. in Frankfurt die Organisation der Landwirte eine Milchpreiserhöhung um 4 Pfennig (auf 30 Pfennig frei Haus) anstrebt, während, wie uns gesagt wird, die Landwirtschaftskammer, der man mangelndes Interesse an der Landwirtschaft doch wohllich nachsagen kann, eine Preiserhöhung um 2 Pfennig als ausreichend ansieht. Und es gilt vor allem von Brot und Kartoffeln. Fleisch ist heute für große Schichten unerschwinglich geworden. Was wir in den letzten Monaten mit den Kartoffeln erlebt haben, ist noch in aller Gedächtnis. Gemüse und Obst bedingen in den großstädtischen Verbrauchszentren außerordentliche Preise. Und darum ist es eine absolute Notwendigkeit, daß wenigstens künftighin die beiden Nahrungsmittel, die im Haushalte fast der ganzen Bevölkerung die entscheidende Rolle spielen, nämlich Brot und Kartoffeln, so billig wie irgend möglich gehalten werden. Für das Brot ist die Frage jetzt zu regeln. Das Ernteergebnis wird einer günstigen Regelung nicht im Wege stehen: nach den verschiedensten Berichten dürfte es wesentlich besser sein, als man in den vorausgegangenen trockenen Sitzwochen vielfach befürchtete, sodaß wir im allgemeinen mit einer guten Mittelernnte rechnen können. Der Hinweis auf hohe ausländische Getreidepreise aber besagt gar nichts: wir sind vom Auslande abgeschnitten, auf unsere eigene Erzeugung angewiesen, müssen uns mit ihr einrichten und tun das gut und willig — mit einer Bereitschaft, an die zu glauben, die Regierung viel zu lange gezögert hatte — aber wir dürfen dann auch verlangen, daß wir uns zu vernünftigen Preisen einrichten, die sich lediglich den heimischen Verhältnissen anzupassen haben. Das ist im vorigen Jahre nicht geschehen: um so notwendiger ist, daß es jetzt geschehe. Dazu gehört, daß der Mahlhohn der Mühlen auf ein bescheidenes Maß beschränkt werde: daß eine große Anzahl von Aktienmühlen im letzten Jahre gewaltige Mehrgewinne auf Kosten überhoher Mehl- und Brotpreise erzielen konnten, darf sich nicht wiederholen. Vor allem aber gehört dazu, daß der Getreidepreis gerecht bemessen werde. Die Höchstpreise des letzten Jahres waren das unglückselige Ergebnis des verspäteten Regierungseingriffs — die Gerechtigkeit erfordert, daß sie jetzt nicht erhöht, sondern ermäßigt werden.

Denn man darf nicht nur an die gesteigerten Selbstkosten der Produzenten, sondern man muß auch an die Erhöhungen denken, die die Selbsterhaltungskosten der Verbraucher erfahren haben. Wie der Nahrungsmittelaufwand der Bevölkerung seit Kriegsausbruch verteuert worden ist, das zeigt die folgende Tabelle, die Richard Calwer aufgestellt hat, indem er die wöchentlichen Lebensmittel-Ausgaben einer vierköpfigen Familie nach der dreifachen Ration eines deutschen Marinesoldaten im Durchschnitt von etwa 200 Orten berechnet.

Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
25.12	26.44	26.14	27.09	27.86	28.74	29.65	31.49	32.90	34.41	36.49
+ 1.32	- 0.30	+ 0.95	+ 0.77	+ 0.88	+ 0.91	+ 1.84	+ 1.41	+ 1.51	+ 2.08	

Das besagt, daß eine Familie, die im letzten Monat vor Kriegsausbruch 25.12 Mark wöchentlich für Lebensmittel ausgab, im Mai bereits 36.49 Mark für dieselben Lebensmittel ausgeben mußte: das ist eine Steigerung um 45.3 Prozent, also um fast die Hälfte, vorausgesetzt, daß das Geld da war, um sie zu bezahlen! Wir meinen, diese Ziffern sollten auch den Herren des Bundesrats einigen Eindruck machen. Es geht eben nicht an, daß die Regierung sich jetzt einfach mit dem stolzen Gefühle begnüge, daß wir gerecht haben, daß wir dem Ausschermungskrieg nicht unterlegen sind. Es muß sich mit dem schmeren Gefühl der Verantwortung durchdringen, daß der zweite Teil der durch den Krieg gestellten Aufgabe, nämlich die Sorge dafür, daß die vorhandenen Nahrungsmittel allen Bevölkerungs-teilen zu erschwinglichen, gerechten Preisen zugeführt werden, bisher absolut nicht gelöst worden ist und daß deshalb wenigstens jetzt alle Kräfte auf diese Aufgabe gerichtet werden müssen. Es ist nicht erhebend, daß man die Zivilbehörde auf das Vorgeben der militärischen Stellen in Bayern, in Stuttgart hinweisen muß, die jetzt mit schärfsten Strafandrohungen gegen den Lebensmittelwucher vorzugehen suchen. Diese militärischen Stellen haben ganz richtig erkannt, daß hier Gefahr im Verzuge ist. Wir warnen mit allem Nachdruck, auf daß der Bundesrat es nicht verkenne.